Marktgemeinde Groß-Schweinbarth
Protokoll Nr. 23

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die ordentliche Sitzung des **Gemeinderates**

der Marktgemeinde Groß-Schweinbarth am 13.12.2023
(öffentlicher Teil)

Sitzungsort: Gemeindeamt
2221 Groß-Schweinbarth, Hauptplatz 1
Sitzungsbeginn: 19.02 Uhr
Sitzungsende: 20.22 Uhr

Die **Einladung** wurde am 06.12.2023 elektronisch per E-Mail zugestellt.

Anwesend waren:

Bgm.	Mag. Marianne RICKL-LIST
Vbgm.	Mag. Karl PFALZ
GGR	Josef KÖPF
GGR	Mag. Heinz LÄNGLE
GR	Sonja GRUBER
GR	Philipp SUCHODOLSKI
GR	Gertrude BÜRBAUM
GR	Ing. Helmut WIDHALM
GR	Josef EPP
GR	Dr. Oskar KIENAST (teilweise)
GR	Sandra GROISS
GR	Gerhard RUPP
GR	Ing. Mag. (FH) Christian BRUNNER
GR	Walter SCHEIDL

Entschuldigt abwesend war:

GGR	Hannes HAUTZINGER
GGR	DI Markus PAMPERL

Nicht entschuldigt abwesend war:

-

Schriftführer:

VB Stefan Cerwinka MA

Vorsitzende: Frau Bgm. Mag. Marianne RICKL-LIST

Die Bürgermeisterin begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Öffentlichkeit der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gibt die Bürgermeisterin ein Änderung bekannt. Der TOP 11 „Beauftragung Serverupdate Gemeindeamt“ wird nicht behandelt. Begründung: Aufgrund der hohen Kosten prüft die Gemdat noch alternative Lösungen.

Die Bürgermeisterin eröffnet die Sitzung.

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung vom 13.09.2023
2. Protokoll Prüfungsausschusssitzung
3. Verordnung Freigabe Bauland-Aufschließungszone
4. Klimaschutzprogramm 2024
5. Verlängerung Mietvertrag Bilanzbuchhaltung Mag. Froning
6. Beauftragung Sanierungsmaßnahmen ehem. Volksbank
7. Zustimmungserklärung für Windenergieanlage Bad Pirawarth
8. VOR Klimaschnuppertickets: Ankauf und Festlegung Nutzungsbedingungen
9. NÖGIG Glasfaserprogramm Gemeindeförderung
10. Vereinbarung Gemdat und Bestellung K5next Software
11. Änderung Pachtverträge Polster und Klement, Pachtansuchen Platt
12. Servitutsverträge OMV
13. Grundsatzbeschluss Nahversorgung Groß-Schweinbarth
14. Vertrag über die Errichtung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts („Festlbus“)
15. Tauschvertrag zur Vermessungsurkunde GZ 1437A (Hauptstraße)
16. Vermessungsentwurf GZ10897/23 (Sackgasse/Kollstatt)
17. Teilungsplan GZ 1818/23 (Am Hofkeller)
18. Vermessungsurkunde GZ10583B/22
19. Vermessungsurkunde GZ 10583C/22
20. EVN Abnahmevertrag Sonnenstrom Kindergarten
21. EVN Vertrag Ladestationsservice
22. Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung eines Teilbebauungsplans in der Kellergasse
23. Nachtragsvoranschlag 2023 und mittelfristiger Finanzplan 2024-2027
24. Subventionen Vereine 2024
25. Verordnung über die Entschädigungen der Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatäre
26. Gemeindesteuern, Gebühren, Abgaben, Entgelte und Hebesätze für 2024
27. Voranschlag 2024 und mittelfristiger Finanzplan 2025-2028

Nicht öffentlicher Teil

1. Personalangelegenheiten

1. Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung vom 13.09.2023

Es liegen keine schriftlichen Einwendungen vor. Die Protokolle werden angenommen.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

2. Protokoll Prüfungsausschusssitzung

Walter Scheidl, Mitglied des Prüfungsausschusses, verliest das Protokoll der Sitzung vom 27.11.2023.

Der GR nimmt das Protokoll zu Kenntnis.

3. Verordnung Freigabe Bauland-Aufschließungszone

Der Gemeinderat beschließt nachstehende

Verordnung über die Freigabe einer Aufschließungszone

§1 Gemäß § 16 Abs. 4 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, i.d.g. Fassung, wird die im Flächenwidmungsplan der Marktgemeinde Groß-Schweinbarth im Bereich der Grundstücke Nr. 2156/3, 2157/2, 2167/2, 2167/3, 2170/3, 2170/4, 2177/1, 2177/2, 2184/2, 2184/3, 2187, 2190/2, 2191/2, 2192/1, 2221/1, 2221/4 (Stand DKM 2014) ausgewiesene Bauland Wohngebiet-Aufschließungszone (BW-A) zur Grundabtretung und Bebauung freigegeben.

§2 Die vom Gemeinderat festgelegte Freigabebedingung
➤ Beginn der Errichtung eines Hochwasserschutz-Retentionsbeckens
ist erfüllt.

§3 Diese Verordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch die NÖ Landesregierung und nach ihrer darauffolgenden Kundmachung mit dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist in Kraft.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

4. Klimaschutzprogramm 2024

Die für die Jahre 2020/2021 Förderung von diversen Klimaschutzmaßnahmen, Energiesparmaßnahmen, Maßnahmen im Ortskern, wie z.B. Fassadenrenovierung oder Abbruchmaßnahmen, wurde mit GR-Beschluss vom 20.12.2021 auf weitere zwei Jahre verlängert. Aufgrund der zahlreichen Anträge wurde der Fördertopf in der Sitzung vom 14.12.2022 auf EUR 10.000,00 aufgestockt. Bisher wurden insgesamt EUR 25.550,00 an Förderungen (seit 2020) ausbezahlt.

Das aktuelle Klimaschutzprogramm 2022/2023 läuft per 31.12.2023 ab. Der Fördertopf von EUR 10.000,00 wurde voll ausgeschöpft, 8 Anträge konnten für 2023 nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Gemeinderat beschließt nunmehr eine neue Klimaschutzförderung für 2024 in der Höhe von EUR 10.000,00. Der maximale Betrag von EUR 350,00 je Haushalt sowie die definierten Richtlinien sollen weiterhin gültig sein. Ausgenommen von der Förderung sind jene Haushalte, denen bereits eine Förderung aus dem Klimaschutzprogramm 2020/21 bzw. 2022/23 im maximalen Betrag von EUR 350,00 gewährt wurde.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

5. Verlängerung Mietvertrag Bilanzbuchhaltung Mag. Froning

Das Mietverhältnis mit der Bilanzbuchhaltung Mag. Froning endet per 14.01.2024. Frau Mag. Froning möchte gerne um weitere 5 Jahre verlängern; dies ist auch im Interesse der Gemeinde. Der Gemeinderat beschließt das Mietverhältnis auf weitere 5 Jahre zu verlängern. Das Mietverhältnis endet somit am 14.01.2029. Die im Mietvertrag vereinbarten Bestimmungen bleiben aufrecht. Im Frühjahr 2024 ist der Feuchtigkeitsschaden zu sanieren, weshalb Frau Mag. Froning für 2 Monate ins alte Gemeindeamt übersiedeln wird. Die Bürgermeisterin stellt den

Antrag, ihr die benötigten Räume im Gemeindeamt für 2 Monate zur Verfügung zu stellen und diese 2 Monate mietfrei zu stellen.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

6. Beauftragung Sanierungsmaßnahmen ehem. Volksbank

Aufgrund von Feuchtigkeitsschäden in der ehemaligen Volksbank ist eine Abdichtung des Fußbodens und eine Trockenlegung der inneren Bestandsmauern dringen notwendig.

Fußboden: es wurden 9 Firmen zu einer Angebotslegung eingeladen, lediglich eine Firma hat eine Lösungsmöglichkeit angeboten, die auch die Gewährleistung für die Verklebung garantiert. Fliesenlegermeister TB aus Hohenruppersdorf hat eine Verfliesung der gesamten Bodenfläche (Bodenbelege abstemmen, Kleberreste abscheren, Grundierung herstellen, Böden ausgleichen, Böden verfliesen und verfugen, Schutt entsorgen) zum Preis von EUR 16.049,64 zzgl. 20% MwSt. angeboten und soll mit den Arbeiten beauftragt werden.

Trockenlegung der Wände: es wurden 7 Firmen zu einer Angebotslegung eingeladen, wobei 3 Firmen ein Angebot abgegeben haben. Nach Prüfung der Angebote wurde vorgeschlagen den Billigstbieter, Firma Grizlly Mauertrockenlegung Österreich aus Wien zu einem Preis von EUR 166,40 pro Laufmeter zzgl. 20% MwSt. und EUR 250,00 Baustelleneinrichtung zu beauftragen. Der Auftragsrahmen sollte zwischen 25 und 75 Laufmeter beschlossen werden, mindestens jedoch 25 Laufmeter. Der Kostenrahmen sollte EUR 15.000,00 netto keinesfalls übersteigen.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

7. Zustimmungserklärung für Windenergieanlage Bad Pirawarth

Im NÖ Raumordnungsgesetz 2014 (NÖ ROG 2014) ist unter § 20 Abs. 3a Ziffer 2 erläutert, dass der Mindestabstand bei einer Widmung einer Fläche für Windkraftanlagen von 2.000 m zu gewidmeten Wohnbauland, das nicht in der Standortgemeinde liegt, auf bis zu 1.200 m reduziert werden kann, sofern die betroffene Nachbargemeinde zustimmt.

Zu der auf Gemeindegebiet von Bad Pirawarth geplanten Windenergieanlage WEA BP01 ist die Marktgemeinde Groß-Schweinbarth eine betroffene Nachbargemeinde.

Die im Plan dargestellte Lage der Windenergieanlagen entspricht einem aktuellen vorläufigen Planungsstand. Im Zuge der Detailplanung und Umsetzung kann die genaue Lage noch geändert werden. Für die Marktgemeinde Groß-Schweinbarth ist dies akzeptabel, solange der Mindestabstand zu gewidmeten Wohnbauland über den geforderten 1.800 m liegt.

Der Gemeinderat stimmt hiermit zu, dass der Mindestabstand bei einer Widmung von Flächen für diese Windenergieanlage BP01 von 2.000 m zu gewidmeten Wohnbauland, das in der Gemeinde Groß-Schweinbarth liegt, im Zuge des Widmungsverfahrens auf bis zu 1.800 m reduziert wird.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

Oskar Kienast nimmt ab 19:14 Uhr an der Sitzung teil.

8. VOR Klimaschnuppertickets: Ankauf und Festlegung Nutzungsbedingungen

„Schnuppertickets“ sind übertragbare Zeitkarten für den Öffentlichen Verkehr, die Gemeinden ihren BürgerInnen zum Ausleihen tageweise zur Verfügung stellen. Autofahrten können somit ersetzt werden und dadurch CO2 eingespart werden.

Für 2024 sollen zwei Schnuppertickets VOR KlimaTickets MetropolRegion angeschafft werden, Die Kosten belaufen sich auf EUR 1.720,00, abzüglich der Förderung verbleiben EUR 1.548,00. Der zuständige Ausschuss hat Nutzungsbedingungen ausgearbeitet.

Der Gemeinderat beschließt die vorliegenden Nutzungsbedingungen sowie den Ankauf von zwei Schnuppertickets zu den angegebenen Kosten in der Höhe von EUR 1.548,00. Die Tickets sind gültig von 01.01.2024 bis 31.12.2024.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

9. NÖGIG Glasfaserprogramm Gemeindeförderung

Der Gemeinderat beschließt eine Gemeindeförderung in der Höhe von EUR 200,00 je Einzelanschluss. Mehrfachanschlüsse erhalten 2/3 der Anschlusskosten, max. EUR 200,00. Dies gilt für jene BürgerInnen, die bis 31.01.2024 einen Glasfaser-Anschluss Variante A zum Aktionspreis bestellen (z.B. EUR 300,00 je Einzelanschluss). Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage des Einzahlungsbelegs bei der NÖGIG.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

10. Vereinbarung Gemdat und Bestellung K5next Software

Da das Lokale Melderegister aufgelassen wird, wurde ein neues Programm „K5next“ entwickelt, welches zukünftig für die Wahlen (Europawahl 2024, NR-Wahl 2024 und GR-Wahl 2025) verwendet werden muss. Die jährliche Differenz beträgt EUR 513,04 zzgl. 20% MwSt.

Der GR beschließt die vorliegende Wartungsvereinbarung sowie die Bestellung von K5next.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

11. Änderung Pachtverträge Polster und Klement, Pachtansuchen Platt

Helmut Klement hat mitgeteilt, dass er seinen Holzplatz aufgrund des Umzuges nicht mehr benötigt und sein Sohn Florian Klement den Holzplatz übernehmen würde. Der GR stimmt dem zu.

Madeleine Rernböck hat mitgeteilt, dass sie das Haus ihrer Mutter Marianne Polster in der Hochleitengasse übernommen hat. Frau Polster hat bisher den „Spitz“ hinter ihrem Haus von der Gemeinde (GST-Nr. 3919, EZ 3451, 30m²) zu einem Pachtentgelt von EUR 30,00 pro Jahr gepachtet. Nun möchte Frau Rernböck den Pachtvertrag übernehmen. Der GR stimmt dem zu und beschließt den vorliegenden Pachtvertrag.

Herr Platt Johannes möchte eine Teilfläche des Grundstücks Nr. 4277 (Zeiselthal beim Hochwasserschutzbecken) für Lagerzwecke (Holz) pachten. Der GR beschließt an Hr. Platt eine Fläche zum gültigen Pachtsatz von EUR 200,00 pro ha zu verpachten. Die genaue Fläche wird mit Herrn Platt abgestimmt.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

12. Servitutsverträge OMV

Gemäß GR-Beschluss vom 14.09.2022, TOP 11, wurden die Optionsverträge zu den Servitutsverträgen betreffend die Leitung hinter der Gartenstadt sowie den zweiten Teil der Nassgasleitung Richtung Bad Pirawarth abgeschlossen. Die Bauarbeiten sind abgeschlossen, nunmehr liegen die Servitutsverträge vor.

Der GR beschließt die vorliegenden Servitutsverträge mit der OMV Austria Exploration & Production GmbH.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

13. Grundsatzbeschluss Nahversorgung Groß-Schweinbarth

Unser Nahversorger, die Bäckerei Bauer, hat das Geschäftslokal per 29.11.2023 geschlossen. Eine Einigung mit dem Vermieter auf eine Verlängerung ist leider nicht zustande gekommen. Der GR ist grundsätzlich dafür, dass für die Bevölkerung möglichst zeitnahe wieder eine Nahversorgung im Ort angeboten werden soll. Dazu sollen verschiedene Lösungsvarianten ausgearbeitet werden und dem GR ehemöglichst vorgelegt werden, sobald ein konkretes Projekt vorliegt. Eine Variante wäre die Nafes-Förderung, wo es die Möglichkeit gäbe bei einer Gemeindebeteiligung 30% Fördermittel für Investitionskosten zu lukrieren. Dazu müsste ein entsprechendes Ansuchen bei der Förderstelle vorbereitet werden. Der GR beschließt grundsätzlich, dass in den nächsten Wochen verschiedene Lösungsvarianten evaluiert werden sollen, wobei die Gemeinde den Nahversorger bestmöglich unterstützen wird um wieder ein Angebot im Ort zu erhalten.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

14. Vertrag über die Errichtung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts („Festlbus“)

Der Festlbus ist ein Jugendprojekt, das in den letzten Jahren im Bezirk Mistelbach gestartet wurde. Da es aber auch aus dem Bezirk Gänserndorf regelmäßig Anfragen - sowohl seitens der Gemeinden, der Festveranstalter, als auch von Jugendlichen selbst - gibt, gab es bereits heuer Stopps im Bezirk Gänserndorf. Das führt zu Vorteilen auf beiden Seiten: Mit Gänserndorfer Beteiligung können die Routen schlussendlich kosteneffizienter geplant werden - und die Jugendlichen im Bezirk Gänserndorf kommen auch in den Genuss des Festbusses und werden nicht ausgeschlossen. Die sichere An- und Abreise unserer Jugendlichen zu Abendveranstaltungen in der Region Weinviertel-Ost ist sehr wichtig.

36 Gemeinde aus dem Bezirk Gänserndorf und Mistelbach beteiligen sich an dem Projekt. Hierzu soll eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet werden. Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinn ausgerichtet, sondern dient der Sicherstellung der Mobilität im Hinblick auf die Ermöglichung der günstigen und sicheren An- und Abreise der Fahrgäste zu Abendveranstaltungen in der Region Weinviertel-Ost, welche die Bezirke Mistelbach und Gänserndorf umfasst. Die An- und Abreise soll durch einen „Festlbus“ ermöglicht werden. Die Stopps liegen in den Gemeinden, die an der GesbR beteiligt sind. Die GesbR dient hier nur als

Vermittler der Busfahrten an den Endkonsumenten. Die Busse werden von Busunternehmen betrieben.

Der Festibus wird im nächsten Jahr an 19 Abenden durch die Region Weinviertel-Ost fahren. An 9 Abenden macht er in der Gemeinde Groß-Schweinbarth halt:

- Pump it up - Zistersdorf, am 15.06.2024
- Holiday Kickoff - Obersdorf, am 28.06.2024
- Flash Over - Loidesthal, Mitte Mai
- pro-muehle - Großschweinbarth, 01.06.2024
- Wald- und Wiesenfest - Auersthal, am 14.08.2024
- Pfingstfest- Ladendorf, am 18.05.2024
- Beetparty - Paasdorf, am 04.05.2024
- 2x Winzerfest - Poysdorf, am 06./07.09.2024

Da pro Stopp ein Kostenbeitrag von EUR 50,00 anfällt und in der Gemeinde Groß-Schweinbarth im nächsten Jahr 9 Stopps geplant sind, entspricht das einem Kostenbeitrag von EUR 450,00.

Der GR beschließt den Gesellschaftervertrag sowie die Kostenübernahme in der Höhe von EUR 450,00.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

15. Tauschvertrag zur Vermessungsurkunde GZ 1437A (Hauptstraße)

Gemäß GR-Beschluss vom 13.09.2023, TOP 16 wurde die Vermessungsurkunde GZ 1437A beschlossen (Hauptstraße 18). Aufgrund der Änderungen der Grundgrenzen ist ein Tauschvertrag notwendig.

Der GR beschließt den vorliegenden Tauschvertrag. Alle Kosten und Gebühren verbunden mit der Vermessung und dem Tauschvertrag trägt der Antragsteller.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

16. Vermessungsentwurf GZ10897/23 (Sackgasse/Kollstatt)

Heinz Längle verlässt aufgrund von Befangenheit den Raum.

Der GR beschließt den vorliegenden Vermessungsentwurf GZ 10897/23. Die Vermessungsurkunde sowie der dazugehörige Kaufvertrag können erstellt werden. Kosten und Gebühren zu Lasten der Antragsteller.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

17. Teilungsplan GZ 1818/23 (Am Hofkeller)

Der GR beschließt die vorliegende Vermessungsurkunde GZ 1818/23 sowie die lastenfremde Ab- und Zuschreibung aller Trennstücke laut Plan. Kosten und Gebühren zu Lasten der Antragsteller.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

18. Vermessungsurkunde GZ 10583B/22

Gemäß GR-Beschluss vom 17.11.2022, TOP 7, wurde beschlossen, Herrn Franz Platt und Herrn Benjamin Reinwald eine Teilfläche am Kugelberg/Hochleitengasse lt. vorliegender Skizze zu einem Preis von EUR 62,50/m² zu verkaufen.

Nunmehr liegt die dazugehörige Vermessungsurkunde GZ 10583B/22 vor. Der Gemeinderat beschließt, Herrn Platt eine Fläche von 203m² zu einem Preis von EUR 62,50/m² und Herrn Reinwald eine Fläche von 114m² zu einem Preis von EUR 62,50/m² zu verkaufen. Gleichzeitig wird das Grundstück Nr. .144 durch die Antragsteller angekauft und an die Gemeinde 14m² abgetreten (Übernahme in Gemeindeeigentum). Die Kaufverträge können vorbereitet werden, Kosten und Gebühren zu Lasten der Antragsteller.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

19. Vermessungsurkunde GZ 10583C/22

Im Zuge der Grenzverhandlung am Kugelberg/Hochleitengasse (siehe TOP 18) wurde festgestellt, dass eine früherer Grundankauf beim GST-Nr. .142 nicht im Grundbuch durchgeführt wurde. Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Vermessungsurkunde GZ 10583C/22. Die vom Grundstückseigentümer seinerzeit angekauften 26m² (GR-Beschluss 24.11.1978) werden dem Grundstück zugeschrieben.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

20. EVN Abnahmevertrag Sonnenstrom Kindergarten

Im Zuge einer Prüfung der bestehenden EVN-Verträge wurde festgestellt, dass kein Abnahmevertrag für den Sonnenstrom im Kindergarten abgeschlossen wurde. Der GR beschließt den Sonnenstrom Abnahmevertrag mit der EVN für den Kindergarten zu den üblichen Konditionen.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

21. EVN Vertrag Ladestationsservice

Sandra Groß verlässt um 19:42 Uhr den Raum.

Die EVN hat einen neuen Servicevertrag für die Ladestation am Hauptplatz übermittelt. Durch den neuen Vertrag ergeben sich jährliche Servicekosten von EUR 180,00 anstatt EUR 200,00. Ebenfalls wurde das Serviceangebot erweitert, indem die EVN nun auch die Vermarktung und Gutschrift im Zuge der Kraftstoffverordnung (Treibhausgas-Quote, sogenannte CO₂ Zertifikate) abwickelt.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

22. Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung eines Teilbebauungsplans in der Kellergasse

Der GR beschließt grundsätzlich einen Teilbebauungsplan in der Kellergasse vorzubereiten. Ein „Bauverbot“ wird in der Zwischenzeit nicht erlassen.

Beschluss (13): einstimmig angenommen

23. Nachtragsvoranschlag 2023 und mittelfristiger Finanzplan 2024-2027

Sandra Groß nimmt um 19:45 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Der Nachtragsvoranschlag 2023 lag von 28.11.2023 bis 13.12.2023 zur öffentlichen Einsicht auf. Es sind keine Einwendungen eingelangt.

Die Bürgermeisterin gibt einen Überblick über den Nachtragsvoranschlag 2023, der folgende Summen aufweist:

- Einnahmen EUR 4.049.600,00 (Veränderung zum VA 2023 -156.300,00)
- Ausgaben EUR 3.796.400,00 (Veränderung zum VA 2023 +300.700,00)
- Nettoergebnis EUR 254.000,00 (Veränderung zum VA 2023 -456.200,00)

Das kumulierte Haushaltspotential beträgt EUR 538.183,43.

Der Nachtragsvoranschlag war notwendig, da die geplanten Grundstückserlöse der Siedlungserweiterung nicht im Jahr 2023 generiert werden konnten und dies eine wesentliche Änderung des Voranschlags darstellt.

Der Gemeinderat beschließt den Nachtragsvoranschlag 2023 und den mittelfristigen Finanzplan 2024-2027.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

24. Subventionen Vereine 2024

Das Subventionsansuchen des Musikvereins für 2024 wird in unveränderter Höhe von EUR 3.000,00 beschlossen.

Die Bedeckung dieses Vorhabens erfolgt unter der Haushaltskostenstelle 1/321000-757000, Haushaltsjahr 2024.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

Das Subventionsansuchen des Sportvereins für 2024 in Höhe von EUR 3.000,00 wird beschlossen.

Die Bedeckung dieses Vorhabens erfolgt unter der Haushaltskostenstelle 1/269000-757000, Haushaltsjahr 2024.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

Der Tennisverein hat um Subvention für 2024 in der Höhe von EUR 1.000,00-1.500,00 angesucht. Der GR gewährt eine Subvention für 2024 in Höhe von EUR 1.000,00. Weiters wird

als Unterstützung für den Verein die Miete für den Meierhof für das Tischtennis spielen nicht angehoben, sondern in gleicher Höhe wie in den letzten Jahre, EUR 20,00 pro Spieltag, beibehalten.

Die Bedeckung dieses Vorhabens erfolgt unter der Haushaltskostenstelle 1/269000-757000, Haushaltsjahr 2024.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

25. Verordnung über die Entschädigungen der Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare

Der NÖ Landtag hat das NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz novelliert. Diese Novelle sieht vor, dass für die Bemessung der GR-Bezüge nicht mehr der Bezug des Bürgermeisters herangezogen wird, sondern der „niedrigere“ Ausgangsbetrag gemäß § 11 Abs. 25 des Bundesverfassungsgesetzes (Bezug eines Mitglieds eines Nationalrates) über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre.

Die Bezüge der Bürgermeister sind ab 01.01.2024 gesetzlich festgelegt, den Gemeinden kommt somit weiterhin keine Regelungskompetenz dieser Bezüge zu. Wegen der gesetzlich geänderten Bemessungsgrundlagen sollen die Entschädigungen für die Gemeindemandatare abgeändert werden.

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Verordnung über die Entschädigungen der Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare (siehe Beilage).

Verordnung über die Entschädigungen der Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare

§ 1

Die monatliche Entschädigung der Vizebürgermeisterin bzw. des Vizebürgermeisters beträgt 10,00 % des Ausgangsbetrages gemäß § 2 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997 (Bezug eines Mitgliedes des Nationalrates).

§ 2

Die monatliche Entschädigung der Mitglieder des Gemeindevorstandes beträgt 6,00 % des Ausgangsbetrages gemäß § 2 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997 (Bezug eines Mitgliedes des Nationalrates).

§ 3

Die monatliche Entschädigung der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses beträgt 4,00 % des Ausgangsbetrages gemäß § 2 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997 (Bezug eines Mitgliedes des Nationalrates).

§ 4

Die monatliche Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates beträgt 2,00 % des Ausgangsbetrages gemäß § 2 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997 (Bezug eines Mitgliedes des Nationalrates).

§ 5

Sollte aufgrund einer Änderung der Zahl der Einwohnerinnen- und Einwohner (§ 15 Abs. 2 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997) und des Wechsels in eine andere Stufe gemäß § 15 Abs. 3 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997

- ein geringeres Höchstausmaß vorgeschrieben sein, als das in den §§ 1 bis 4 dieser Verordnung festgesetzte Prozentausmaß, so errechnet sich das Entschädigungsausmaß ab dem nächsten 1. Jänner aus einer Multiplikation des nunmehr heranzuziehenden Höchstausmaßes mit dem Quotienten aus dem in den §§ 1 bis 4 dieser Verordnung festgesetzten Prozentausmaß geteilt durch das einschlägige Höchstausmaß bei Inkrafttreten dieser Verordnung;
- ein höheres Mindestentschädigungsausmaß (§ 15 Abs. 3 Z 6 3 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997) vorgeschrieben sein, als das in § 4 dieser Verordnung festgesetzte Prozentausmaß, so errechnet sich das Entschädigungsausmaß ab dem nächsten 1. Jänner aus einer Multiplikation des nunmehr heranzuziehenden Mindestausmaßes mit dem Quotienten aus dem in den §§ 1 bis 4 dieser Verordnung festgesetzten Prozentausmaß geteilt durch das einschlägige Mindestausmaß bei Inkrafttreten dieser Verordnung.

§ 6

Die Verordnung über die Entschädigungen der Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare tritt mit dem Monatsersten, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungfrist zunächst folgt, in Kraft. Die Verordnung vom 30.09.2021 über die Bezüge der Mitglieder des Gemeinderates tritt mit Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

26. Gemeindesteuern, Gebühren, Abgaben, Entgelte und Hebesätze für 2024

Aufgrund der stark gestiegenen Kosten in den Bereichen Straßenbau und Straßenbeleuchtung ist eine Anpassung des Anschließungsabgaben-Einheitssatzes erforderlich.

Gemäß § 38 Abs. 6 NÖ Bauordnung idGF. ergibt sich der Einheitssatz aus der Summe der durchschnittlichen Herstellungskosten für eine 3 m breiten Fahrbahnhälfte, eines 1,25 m breiten Gehsteiges, der Oberflächenentwässerung und der Beleuchtung der Fahrbahnhälfte und des Gehsteiges pro Laufmeter. Dabei ist für die Fahrbahn eine mittelschwere Befestigung einschließlich Unterbau und für Fahrbahn und Gehsteig eine dauernd staubfreie Ausführung vorzusehen. Der Einheitssatz ist mit Verordnung des Gemeinderates festzusetzen.

Seit 2013 beträgt der Hebesatz EUR 520,00. Aufgrund der stark gestiegenen Baukosten (Baukostenindex Steigerung +39%) beschließt der GR den Hebesatz anzupassen und auf EUR 580,00 anzuheben. Der Gemeinderat beschließt die entsprechende vorliegende Verordnung.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

In der GR-Sitzung vom Dezember 2016 wurde der Kaufpreis für Gemeindegrund im Bauland mit EUR 62,50/m² festgelegt. Aufgrund der stark gestiegenen Bauplatzpreise in Groß-Schweinbarth soll eine Anpassung vorgenommen werden. Die Bürgermeisterin stellt folgenden Antrag: „Aufhebung des GR-Beschlusses vom 22.12.2016. Gültig für alle Anträge ab 1.1.2024 wird als neuer Preis für Verkäufe von Gemeindegrund im Bauland EUR 95,00 pro m² festgelegt. Ein günstiger Preis kann in begründeten Einzelfällen durch Beschluss des Gemeinderates festgelegt werden.“

Beschluss (14): einstimmig angenommen

Die sonstigen Gemeindesteuern, Gebühren, Abgaben, Entgelte und Hebesätze für 2024 bleiben unverändert.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

27. Voranschlag 2024 und mittelfristiger Finanzplan 2025-2028

Der Voranschlag 2024 lag von 28.11.2023 bis 12.12.2023 zur öffentlichen Einsicht auf. Es sind keine Einwendungen eingelangt.

Die Bürgermeisterin gibt einen Überblick über den Voranschlag 2024.

Ergebnishaushalt:

- Einnahmen EUR 5.546.900,00
- Ausgaben EUR 4.489.440,00
- Nettoergebnis EUR 857.860,00

Das kumulierte Haushaltspotential beträgt EUR 701.760,00.

Im Investitionshaushalt sind Ausgaben für folgende Projekte budgetiert:

• Meierhof	EUR	25.000
• Hochwasserschutz (Becken Hörstatt)	EUR	144.100
• Straßenbau	EUR	200.000
• Güterwege	EUR	10.000
• Ortsbeleuchtung	EUR	35.000
• Siedlungserweiterung Hörstatt	EUR	20.000
• Feuerwehr (Sondertilgung Darlehen)	EUR	285.000
• Ortsnetz Wasser	EUR	140.000
• Ortsnetz Kanal	EUR	160.000
• Arzthaus Umbau	EUR	200.000
• Gruppenerweiterung KIGA	EUR	500.000
• Photovoltaikanlage FF-Haus	EUR	140.000
• Bingerpark	EUR	30.000

Die Vorhaben sollen durch Eigenmittel, Bedarfszuweisungen, Rücklagenentnahme, Förderprogramme und Darlehen finanziert werden.

Die Erträge der Bauplatzverkäufe (Siedlungserweiterung Hörstatt) wurden mit EUR 900.000,00 veranschlagt.

Der Darlehensstand zum 01.01.2024 ist mit EUR 3.633.900,00 der Schuldendienst im Jahr 2024 mit EUR 721.340,00 und der Darlehenstand zum 31.12.2024 mit EUR 3.742.600,00 geplant. Der Schuldendienst ergibt sich aus den Sondertilgungen für das variable Darlehen für das FF-Haus. Es sind zwei Darlehensaufnahmen geplant: EUR 500.000,00 für die Kindergartenerweiterung, EUR 200.000,00 für die Sanierung des Arzthauses.

Die Rücklagen sind geplant zum 31.12.2023 mit EUR 7.383.600 inkl. Eröffnungsbilanzrücklage und Haushaltspotentialrücklage. Rücklagenzugänge in der Höhe von EUR 200.000,00 sind geplant (EUR 150.000,00 allgemeine Rücklage und 50.000,00 zweckgebundene Rücklage für Kanal) sodass sich die Rücklagen mit Zahlungsmittelreserven auf EUR 614.300,00 erhöhen.

Der Gemeinderat beschließt den Voranschlag 2024, den mittelfristigen Finanzplan 2025-2028 und den Dienstpostenplan.

Beschluss (14): einstimmig angenommen

Informationen der Bürgermeisterin:

- Ukraine Flüchtlinge Arztwohnung
- NÖGIG Termine (18.12.2023, 09.01.2024, 13.01.2024, 27.01.2024)
- Hörstatt Termine und weitere Vorgehensweise (15.01.2024 und 29.01.2024)
- Sitzungstermine 2024
- Markus Kaltenbrunner ist von seinem Bauplatzansuchen zurückgetreten
- EVN 110kV Leitung

Ende der Sitzung: 20.22 Uhr

Im Anschluss lädt die Bürgermeisterin traditionell vor Weihnachten zu Sekt und Brötchen ein.

Schriftführer:

Gemeinderat der ÖVP:

Die Bürgermeisterin:

Gemeinderat der SPÖ: